

PRESSEINFORMATION 25/2026

Medienmeldung: Grün-Schwarz einigt sich auf Koalitionsverhandlungen

BWIK-Präsident: Jetzt beginnt die entscheidende Phase – Wirtschaft muss im Koalitionsvertrag an erste Stelle

Stuttgart, 14. April 2026 – Dr. Jan Stefan Roell, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK), begrüßt den Schritt zu Koalitionsverhandlungen von Grünen und CDU: „Es ist gut, dass Grün-Schwarz jetzt in die Koalitionsverhandlungen einsteigen wird. Unsere Wirtschaft war das TOP-Thema vor der Wahl – hier sind sich auch die beiden Spitzenkandidaten einig. Das muss sich im Koalitionsvertrag so widerspiegeln. Der Kittel brennt, das zeigt unser vorletzter Platz beim Wirtschaftswachstum 2025 im Ländervergleich. Baden-Württemberg muss zurück auf die Überholspur. Dafür setzen wir uns in den kommenden Verhandlungen ein und haben unsere ‚20 Punkte für die Wirtschaft‘ der Politik vorgelegt.“

Dazu zählten insbesondere Bürokratierückbau, umfassende Verwaltungsdigitalisierung, die Stärkung von Innovation und Bildung, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie wettbewerbsfähige Energiepreise. Gleichzeitig müsse, so Roell, auf zusätzliche Belastungen verzichtet und stattdessen sinnvolle Vorschläge wie z. B. ein Effizienzgesetz zum Abbau von Berichts- und Dokumentationspflichten umgesetzt werden. Roell schließt: „Entscheidend ist jetzt Verlässlichkeit – getroffene Zusagen im Wahlkampf dürfen nicht unter den Tisch fallen.“

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIHK | Kommunikation
Tobias Tabor
Telefon 0711 225500-64
E-Mail: tobias.tabor@bw.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedsammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.